

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis.....	III
Abbildungsverzeichnis.....	XIII
Abkürzungs- und Symbolverzeichnis.....	XVII
1        Organschaft aus umsatzsteuerlicher Sicht .....	1
2        Verhältnis des deutschen Umsatzsteuersystems zum Europäischen Recht.....	13
3        Bedeutung der Organschaft im Harmonisierungsprozess des Europäischen Binnenmarktes am Beispiel der deutschen Richtlinienumsetzung .....	53
4        Vereinbarkeit der Voraussetzungen der umsatzsteuerlichen Organschaft mit europäischem Recht.....	75
5        Räumlicher Anwendungsbereich der Organschaft.....	221
6        Zusammenfassung.....	285
7        Ausblick .....	291
Literaturverzeichnis.....	299
Rechtsquellenverzeichnis.....	323
Rechtsprechungsverzeichnis .....	329
Verzeichnis der sonstigen Quellen .....	351

## Inhaltsverzeichnis

2.2.3.2	Grundrechte und Grundfreiheiten des Primärrechts als Schutzmaßnahmen des Europäischen Binnenmarktes .....	36
2.2.3.3	Primärrechtliche Rechtsgrundsätze als ungeschriebene Schutzmaßnahmen des Europäischen Binnenmarktes .....	39
2.2.3.3.1	Grundsatz der Neutralität .....	39
2.2.3.3.2	Grundsatz der Rechtssicherheit .....	45
2.2.3.3.3	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.....	47
<b>3</b>	<b>Bedeutung der Organschaft im Harmonisierungsprozess des Europäischen Binnenmarktes am Beispiel der deutschen Richtlinienumsetzung .....</b>	<b>53</b>
3.1	Beginn der Organschaft.....	53
3.2	Entscheidungsrelevante Rechtsfolgen aus der Begründung einer Organschaft.....	56
3.2.1	Eingangs- und Ausgangsumsätze des Organkreises im Besteuerungsverfahren .....	56
3.2.1.1	Zurechnung von Umsätzen zum Organträger .....	56
3.2.1.2	Einheitliche Leistung einer Organschaft .....	57
3.2.1.3	Vorsteuerabzug für den Organträger .....	60
3.2.2	Steuervorteile aufgrund unechter Steuerbefreiungen.....	62
3.2.3	Vorteile in der Verwaltung .....	66
3.2.4	Finanzielle Nachteile aus der Steuerzahllast .....	68
3.3	Ende der Organschaft.....	72
<b>4</b>	<b>Vereinbarkeit der Voraussetzungen der umsatzsteuerlichen Organschaft mit europäischem Recht.....</b>	<b>75</b>

4.1	Unternehmereigenschaft .....	75
4.1.1	Verbindung zwischen nationalen Recht und MwStSystRL .....	75
4.1.1.1	Der Begriff des Unternehmers im deutschen Umsatzsteuerrecht .....	75
4.1.1.1.1	Grundlagen .....	75
4.1.1.1.2	Bedeutung des Unternehmerbegriffes im Umsatzsteuerrecht .....	76
4.1.1.1.3	Begriffsbestimmung nach nationalem Verständnis .....	79
4.1.1.2	Der Begriff des Steuerpflichtigen nach der MwStSystRL .....	83
4.1.1.2.1	Grundlagen .....	83
4.1.1.2.2	Bedeutung des Begriffes Steuerpflichtiger nach der MwStSystRL .....	84
4.1.1.2.3	Bestimmung von wirtschaftlichen Tätigkeiten nach europäischem Verständnis .....	85
4.1.1.3	Vergleich der unterschiedlichen Begriffe .....	87
4.1.2	Anforderungen des nationalen Rechts an die Mitglieder der Organschaft .....	92
4.1.3	Unionsrechtliche Anforderungen an die Mitglieder der Mehrwertsteuergruppe .....	96
4.1.3.1	Die Behandlung der Mehrwertsteuergruppe als ein Steuerpflichtiger .....	96
4.1.3.2	Analyse der Auffassung der Europäischen Kommission .....	97
4.1.3.3	Ergebnis der Analyse .....	100
4.1.4	Zwischenfazit .....	101
4.1.5	Vereinbarkeit der Mitgliedschaft von nichtsteuerpflichtigen Personen in einer Mehrwertsteuergruppe mit den primärrechtlichen Rechtsgrundsätzen .....	104

4.1.5.1	Überprüfung am Grundsatz der Rechtssicherheit.....	104
4.1.5.2	Überprüfung am Grundsatz der Neutralität.....	107
4.1.5.2.1	Sachverhaltsvergleich am Maßstab des Verbrauchers .....	107
4.1.5.2.2	Ungleichheit in der steuerlichen Behandlung .....	109
4.1.5.3.2	Nichtsteuerpflichtige als Empfänger von steuerbefreiten Umsätzen .....	120
4.1.5.3.3	Nichtsteuerpflichtige als Erbringer nicht besteuert Umsätze.....	123
4.1.5.3.4	Zwischenfazit.....	126
4.1.6	Auslegung des nationalen Ermessens im Rahmen von Maßnahmen zur Vorbeugung gegen Steuerhinterziehungen oder -umgehungen an primärrechtlichen Rechtsgrundsätzen .....	128
4.1.6.1	Ermessen des nationalen Gesetzgebers bei Steuermisbrauch .....	128
4.1.6.2	Maßnahme gegen Steuermisbrauch.....	130
4.1.6.3	Primärrechtliche Überprüfung am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	132
4.1.7	Fazit .....	133
4.2	Rechtsform der Organmitglieder .....	135
4.2.1	Anforderungen des nationalen Rechts an die Rechtsform der Organmitglieder .....	135
4.2.1.1	Rechtliche Grundlagen zur Rechtsformbeschränkung .....	135
4.2.1.2	Verfassungsmäßige Zweifel an der Rechtsformbeschränkung.....	140
4.2.2	Richtlinienkonforme Auslegung des UStG nach der MwStSystRL .....	145
4.2.2.1	Das nationale Ermessen bei der Auslegung des Art. 11 MwStSystRL.....	145

4.2.2.2	Reichweite des nationalen Ermessens bei gegebenen Kannvorschriften .....	146
4.2.2.3	Zwischenfazit .....	149
4.2.3	Auslegung des nationalen Ermessens im Rahmen von Maßnahmen zur Vorbeugung gegen Steuerhinterziehungen oder -umgehungen an primärrechtlichen Rechtsgrundsätzen .....	150
4.2.3.1	Ermessen des nationalen Gesetzgebers bei Steuermisbrauch .....	150
4.2.3.2	Maßnahmen gegen Steuermisbrauch .....	152
4.2.3.3	Primärrechtliche Überprüfung .....	154
4.2.3.3.1	Überprüfung am Grundsatz der Neutralität .....	154
4.2.3.3.2	Überprüfung am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	160
4.2.3.3.3	Zwischenfazit .....	162
4.2.4	Fazit .....	164
4.3	Eingliederungsvoraussetzungen .....	167
4.3.1	Anforderung des nationalen Rechts an die Eingliederung von Organmitgliedern .....	167
4.3.1.1	Definition des Begriffes „Eingliederung“ .....	167
4.3.1.2	Finanzielle Eingliederung .....	168
4.3.1.2.1	Unmittelbare Beteiligung .....	168
4.3.1.2.2	Mittelbare Beteiligung .....	172
4.3.1.3	Wirtschaftliche Eingliederung .....	176
4.3.1.3.1	Grundlagen .....	176
4.3.1.3.2	Wirtschaftliche Einheit .....	177
4.3.1.3.3	Kooperation .....	182

4.3.1.3.4	Verflechtung .....	183
4.3.1.3.5	Abgestimmte, einander fördernde und ergänzende Tätigkeiten zwischen den Mitgliedern der Organschaft .....	185
4.3.1.4	Organisatorische Eingliederung.....	189
4.3.1.4.1	Grundlagen.....	189
4.3.1.4.2	Einfluss auf die laufende Geschäftsführung .....	190
4.3.1.4.3	Wille des Organträgers .....	195
4.3.1.4.4	Willensdurchsetzung mithilfe einer personellen Verflechtung in der Geschäftsführung .....	197
4.3.1.4.5	Willensdurchsetzung bei nur teilweiser personeller Verflechtung .....	199
4.3.1.4.6	Personelle Verflechtung durch Mitarbeiter des Organträgers.....	202
4.3.1.4.7	Geschäftsführungsordnung und Konzernrichtlinien als weitere organisatorische Maßnahmen .....	204
4.3.1.4.8	Aktienrechtliche Beherrschung oder Eingliederung als weitere organisatorische Maßnahmen .....	206
4.3.2	Unionsrechtliche Anforderungen an den Begriff der engen Verbundenheit .....	210
4.3.2.1	Grundlagen.....	210
4.3.2.2	Finanzielle Beziehung .....	211
4.3.2.3	Wirtschaftliche Beziehung.....	212
4.3.2.4	Organisatorische Beziehung .....	214
4.3.3	Richtlinienkonforme Auslegung des UStG nach der MwStSystRL .....	214
4.3.4	Fazit .....	217
<b>5</b>	<b>Räumlicher Anwendungsbereich der Organschaft .....</b>	<b>221</b>

5.1	Beschränkung auf das Inland durch das nationale Recht.....	221
5.1.1	Historische Entwicklung .....	221
5.1.2	Kriterien zur Grenzziehung nach nationalem Verständnis.....	223
5.1.3	Rechtsfolgen der Grenzziehung.....	226
5.1.4	Umfang des Unternehmens im Inland .....	228
5.1.4.1	Organträger im Inland .....	228
5.1.4.2	Organträger im Ausland .....	231
5.1.5	Zwischenfazit.....	233
5.2	Unionsrechtliche Anforderungen an die territoriale Beschränkung ...	235
5.2.1	Grenzziehung durch die MwStSystRL .....	235
5.2.2	Auffassung der EG-Kommission .....	238
5.2.3	Analyse der Auffassung der EG-Kommission.....	239
5.3	Richtlinienkonforme Auslegung des UStG nach der MwStSystRL .....	243
5.4	Vereinbarkeit der MwStSystRL mit dem Primärrecht .....	248
5.4.1	Feststellung von Möglichkeiten der Grundfreiheitsberaubung .....	248
5.4.2	Eine steuerliche Analyse.....	250
5.4.3	Ergebnis der steuerlichen Analyse .....	254
5.4.4	Überprüfung auf eine ungerechtfertigte Beschränkung der Grundfreiheiten.....	257
5.4.4.1	Grundlagen der Überprüfung .....	257
5.4.4.2	Beschränkung der Niederlassungsfreiheit.....	258
5.4.4.3	Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit.....	261
5.4.4.4	Schranken der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit.....	261

5.4.4.5	Schutz der Steuerhoheiten als Rechtfertigungsgrund.....	264
5.4.4.5.1	Überprüfung einer Verletzung der Steuerhoheiten .....	264
5.4.4.5.2	Überprüfung der Rechtfertigung nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	268
5.4.4.6	Steuerliche Kontrolle als Rechtfertigungsgrund.....	272
5.4.4.6.1	Überprüfung einer Verletzung der steuerlichen Kontrolle .....	272
5.4.4.6.2	Überprüfung der Rechtfertigung nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	274
5.5	<b>Fazit .....</b>	277
5.5.1	Verletzung der Unternehmereinheit bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen.....	277
5.5.2	Verletzte Grundfreiheiten .....	280
<b>6</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	285
6.1	Unternehmereigenschaft .....	285
6.2	Rechtsformbeschränkung.....	286
6.3	Eingliederungsvoraussetzungen.....	287
6.4	Territoriale Beschränkung .....	289
<b>7</b>	<b>Ausblick .....</b>	291
	Literaturverzeichnis.....	299
	Rechtsquellenverzeichnis.....	323
	Rechtsprechungsverzeichnis .....	329
	Verzeichnis der sonstigen Quellen.....	351